

zu machen, denn man die Verantwortung und die Prügel auf sich laden sollte. In der ausgesprochen reaktionären Presse schiebt man die Schuld auf die liberale „Reise“ gegen die Finanzreform und beklagt mit tränensüchtigen Augen, daß die „Unmenschen“ so schwer zu bewegen seien, die Werte der Schnapsblütlinge als „nationale Eru“ zu preisen. In der Presse der bürgerlichen Linken dagegen wird das Ergebnis der Wahl vom Sonnabend als notwendige Folge der schwarz-blauen Reaktionspolitik gefeiert. Die Zentrums-Presse faßt nebenbei nicht den Spieß verlagend, die national-liberale Niederlage mit einem Auszuge von böshafter Schadenfreude zu verzeichnen.

Nur der national-liberale Schwäbische Merkur speit Gift und Galle gegen die Sozialdemokratie, ohne ihr doch das Zeugnis tapierer und rühriger Arbeit verlagend zu können. Das Blatt schreibt:

„Es ist alles so gekommen, wie man befürchtet hatte. Der Sozialdemokratie fließen die Massen der Wähler zu. Die Schlagworte, die die Sozialdemokratie mit ungeheurer Dreistigkeit ausgab — mit Dieben und Einbrechern mühten sich die Freunde der Kandidatur Dettinger vergeblich zu bekämpfen — wirkten noch mehr wie bisher. Und die unglücklichen politischen Verhältnisse im Reich tragen voll auf dazu bei, und auf bürgerlicher Seite verblühen sich die Parteien im Zwist, und ganze Scharen bürgerlicher Wähler heiden ihren Mumm in Wahlenhaltung. Die Sozialdemokratie hat riesig gearbeitet und den letzten Mann aufgegeben. Um so mangelhafter war die Abstimmung in vielen sozialdemokratischen Kreisen. Es gibt eine Reihe von Orten, in denen kaum die Hälfte der Wähler zur Wahl ging. Hätte den Wahlberechtigten Interesse für die Wahl einfließen können, so hätte die Wahl ein ganz anderes Gesicht erhalten. Für die Zukunft mag das vielleicht ein tröstlicher Gedanke sein, für den Augenblick aber ist damit nichts gewonnen.“

Wesomener und Köhler äußert sich das Stuttgarter Neue Tageblatt, das das Wahlergebnis vom Sonnabend als einen rein sozialdemokratischen Sieg bezeichnet und hinzusetzt, der erstaunliche Fortschritt der Sozialdemokratie sei lediglich auf das Schuldbonus der Reichspolitik zu setzen. „Was der schwarz-blaue Block gefügt hat mit seiner Finanzreform, hier geht es jetzt als Ernte auf, hier ist eine Abrechnung und eine Quittung dafür, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.“

Während die agrarische Deutsche Tageszeitung den Ausgang der Wahl beäugelt, findet und mit zorniger Kürze meint, er beweise wieder, „wohin wir kommen, wenn die Liberalen ihre heutige Reaktionsweise forsaken“, steht die Tägliche Rundschau sogar das Vaterland in Gefahr:

„Die Wahl in Cassel-Ludwigsburg mahnt dringend, das Verantwortlichkeitsgefühl der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie zu stärken; sie weist aber auch auf eine der ernsten Folgen des Auseinandergehens der bürgerlichen Parteien infolge der Reichsfinanzreform hin, auf die zunehmende Habitualisierung des Stimmens. Wir erblicken in dieser Hinsichtung des Stimmens zur schärfsten Opposition ein gefährdendes Zeichen für die Entwicklung unseres Vaterlandes; denn mit dem Ausweichen des Habitualismus geht Hand in Hand das Zurückweichen in Reaktion und Partikularismus.“

Die Rundschau-Beilage erschöpft sich dann schließlich in vöhliger Resignation: „Der heute rasenden roten See sind schwerer wirkende Dämme entgegenzustellen...“

Die Germania, das Berliner Zentrumsblatt, leistet sich den Scherz, mit Hinweis auf die strahlende Lichtglorie des Schnapsblotes die Liberalen für die sozialdemokratischen Erfolge verantwortlich zu machen:

„Im Leben Mandate ist der Besitz der Sozialdemokratie seit 1907 gewachsen. Wenn es so weiter geht, werden sie in den nächsten Reichstag stärker eingeleitet als sie je vorher waren, und das in der Hauptsache dank direkter und indirekter liberaler Unterstützung. Es ist unrichtig, wenn die Liberalen behaupten, die Politik des „Schwarz-Blauen“ Blockes, insbesondere die Reichsfinanzreform, sei schuld daran. Als der neue Zolltarif geschaffen worden war, haben die Sozialdemokraten noch weit mehr Mühe gemacht, aber der Erfolg war bei weitem nicht so groß wie jetzt. Damals stiegen eben nicht alle Liberalen in dasselbe Horn mit den Sozialdemokraten und halfen nicht sämtliche liberale Wähler verheeren. Jetzt aber treiben sie diese Wähler förmlich in das sozialdemokratische Lager.“

Es ist für die Verblühten des Schnapsblotes natürlich das bequemste, dem Strafgericht über die Justizloshereifolche Deutung zu geben. Auch die Zentrumsblätter der Germania, die Köln. Volksztg., jauchzen linden Trost aus der „von liberaler und radikaler Seite in übertriebener Weise in dem industriereichen Wahlkreise in Szene gesetzten Reichssteuerreform“ und schließen in mühsam verhehlter Schadenfreude eine freundliche Prophezeiung für die Nationalliberalen an:

„Nur noch eine solche Säule zeigt von verschundener Frucht; auch diese, schon geborsten, kann längen über Nacht.“ Die einst so stolze nationalliberale Partei in Württemberg, die in den 70er Jahren von 17 württembergischen Reichstagswahlkreisen nicht weniger als 12 inne hatte, besitzt jetzt nur noch den einen Bezirk Esslingen; doch auch dieser geht unrettbar bei der nächsten Hauptwahl für die Liberalen verloren; die Sozialdemokratie wird auch hier die Nachfolgerin sein.“

Die Volkische Zeitung, die samose Entdeckerin der Theorie von den „falschen Stichwahlen“, entläßt ihren liberalen Groß an die Adresse des philosophischen Kanzlers:

„Was der rote Flut steigt, und was tut die Regierung? Was der leitende Staatsmann? Sie scheinen mit fatalistischer Entsigung die Hände zu kreuzen und sich zu trösten: Was weh es besser. Einige offensiv aber reaktionäre Stadträte blasen allerdings wieder zur Sammlung, Volkstommen bergelich. Das Landtagsmandat Diersch ist an die Sozialdemokratie verloren gegangen, obwohl die Wähler es in der Hand hatten, diesen Wahlweg zu verhindern; bei der Reichstagswahl hätte auch ein Zusammengehen der Liberalen und Wähler dazu nicht ausgereicht. So unumgänglich ein Wahlbündnis aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie ist, so wirkungslos wäre es, selbst wenn es zustande käme; oder nein, es hätte eine Wirkung, eine ganz sichere, nämlich den Zugang zur Sozialdemokratie noch außerordentlich zu verhüten.“

Diese Stimmung der Massen, die bis in recht hohe Kreise hinauf greift, ist das Ergebnis der jüngsten Finanzreform und der schwarz-blauen Politik, die jetzt über Jahresfrist in Deutschland und namentlich in Preußen herrscht. Insbesondere haben die Verhandlungen über die Wahlreform dazu beigetragen, den Groß und Grimm gegen die heutige Reichs-Politik und gegen die Reichstabelle zu vertiefen. Zwar hört man einmal über das andere, Herr v. Bethmann-Hollweg wolle ja gar kein Danbänger oder Verfechter des schwarz-blauen Blockes sein. Aber was hat der leitende Staatsmann bisher an positiven Leistungen aufzuweisen, aus denen hervorgeht, daß er einem anderen Kurs steuert, als den Herren v. Bredow und Spahn genehm ist?“

Armer Bethmann!

Die Freisinnige Zeitung tröstet sich mit der halben Ver-ficherung, „in der Hauptsache“ seien es wieder „die Mistläufer gewesen, die der Sozialdemokratie zu ihrem Siege verhalfen“

hätten. Es ist das jene Sorte von Mist, den die Freisinnige Zeitung immer aus verstaubtem Winkel hervorruft, wenn sozialdemokratische Erfolge sie ämerzengreich stimmen. Zu der Forderung, die das Berliner Tageblatt ausdrückt, vermag sich das Blatt mit den Eugen-Nichter-Traditionen natürlich nicht aufzuschwingen:

„Wer der Meinung ist, daß nur in einer positiven Weiterentwicklung des Reichs das Heil gesucht werden darf, der wird heute mehr als je jede Beziehung zu den reaktionären Parteien lösen müssen. Der Feind steht rechts, das gilt nicht bloß in tatsächlicher Beziehung; das gilt auch für die praktische Politik. Gegen die Sozialdemokratie hält die Assoziation mit den reaktionären Parteien nicht das mindeste, wie die Geschichte der bisherigen Reichsregierungen beweist. Wohl aber verhindert das Zusammengehen des Liberalismus mit der Reaktion die notwendige Wendung der Reichspolitik in der Richtung einer stärkeren Betonung des liberalen Gedankens. Der Liberalismus kann sich nur selbst behaupten, wenn er gegen die reaktionären Parteien zu brechen. Wer bisher noch auf eine Wiederannäherung an die reaktionären Parteien spekuliert hat, den sollten die bisherigen Erfolge schrecken.“

Wenn Bethmann-Hollweg eine solche kleine Blütenlese von Wahlbetrachtungen mit wachen Augen prüft, wird es ihm schwer werden, mit Gelassenheit und hoffnungsvollem Vertrauen auf den Erfolg seines Sammelnetzes zu bauen...

Deutsches Reich.

Die zu erwartende Wiederholung.

In der bürgerlichen Presse wird jetzt allgemein bestätigt, daß die neue Militärvorlage im Kriegsministerium fix und fertig ausgearbeitet sei. Bis jetzt hat das Kriegsministerium den bürgerlichen Journalisten, die Informationen über den Umfang der neuen Vorlage haben wollten, jede Auskunft verweigert. Gerade der Umstand deutet darauf hin, daß auf eine große Reichforderung zu rechnen ist, denn wenn die Kosten der neuen Militärvorlage tatsächlich so minimal wären, wie da und dort in der bürgerlichen Presse behauptet wird, wäre die Geheimniskammer des Kriegsministeriums obdillig unterständig. Die Forderungen werden so hoch sein, daß man bis zum letzten Momente warten wird, ehe man der Öffentlichkeit den wirklichen Umfang der Vorlage mitteilt. Jedenfalls aber sieht so viel fest, daß eine Verlangung der Militärvorlage nicht eintritt, sondern daß sie noch von diesem Reichstag erledigt werden soll.

Tripik-Handel.

Offiziell wird bestätigt, daß zwei Schiffe der Brandenburg-Klasse an die Türkei verkauft werden sollen. Es handelt sich um zwei Panzer, die in den Jahren 1890 bis 1894 gebaut worden sind. Sie führen je 22 Geschütze und hatten 579 Mann Besatzung. Die Türkei will für jedes Schiff 9½ Mill. M. zahlen; gekaufte werden sie je etwa 20 Mill. M. haben. Für diese Schiffe werden, nachdem ihre Lebensdauer abgelaufen ist, demnächst Ersatzschiffe gebaut werden; wenn sie aber noch so vortrefflich erhalten sind, daß sie von der Türkei zu Kriegszwecken gekauft werden, liegt die Frage nahe, ob eine „Lebensdauer“ eines solchen Schiffes von 20 Jahren nicht entschieden zu kurz bemessen ist. Für die beiden Schiffe, die jetzt verkauft werden, werden selbstverständlich große Panzerkorvette als Ersatz gebaut, deren einer auf annähernd 50 Mill. M. zu stehen kommt.

Ein Wink mit dem Zaunpfahl.

Im letzten Heft der Schmollerschen Jahrbücher schreibt der Herausgeber, Professor Schmoller, Mitglied des preussischen Herrenhauses, über die Notwendigkeit einer preussischen Wahlreform; Bethmann-Hollweg werde und müsse den Versuch einer Reform wiederholen:

„Warum? Weil Preußen als Staat mit dem reaktionärsten Wahlrecht Europas, mit dem Wahlrecht, wobei nur 32,8 v. H. der Wähler zur Wahlnahme zu bringen sind, auf die Dauer die größte politische Gefahr läuft. Jede Verfassung braucht die Zustimmung, die innere Teilnahme der großen Mehrheit des Volkes. Kein Recht der Krone, der Regierung ist auf die Dauer haltbar, wenn nicht der größere Teil der Bürger innerlich mit Herz und Geist auf ihrer Seite ist. Ueber eine Augenblicksbewegung kann jede feste und kluge Regierung Herr werden, keine aber kann dauernd der Zustimmung des Volks der großen Mehrheit der Regierten entbehren. Die demokratische Stimmung unserer Zeit mag zu einem erheblichen Teil über Ziel stehen. Sie ist eine Macht, der man gewisse Konzeptionen machen muß, weil sie einen sehr berechtigten Kern hat. Das Wahlrecht ist ein solches. Ein Teil der Bürger vertritt in politischen Stimmzettel, ein anderer hält sich für bedient, wird extremen Parteien zugewandt. Das preussische Wahlrecht steht nicht so sehr weit von dem französischen Wahlrecht ab, das 1830 und 1840 zu Revolutionen führte, und ebensowenig vom englischen, das 1832 und 1867 erst zu den großen Reformen führte. Der diese große historische politische Aufgabe bekennt, ist blind. Wer an dem verantwortlichen Stelle vertritt, das heutige preussische Wahlrecht ist sehr gut, macht sich mitverantwortlich für künftige große Katastrophen.“

Schmoller will nicht das Reichstagswahlrecht für Preußen, aber er fordert direkte und geheime Wahl. Er glaubt, Bethmann-Hollweg müsse mit einer neuen Vorlage kommen, die wahrscheinlich weiter als die letzte gehen werde. Wenn Bethmann nicht mit dem entschlossenen Mut an die Aufgabe herantrete, eventuell auch gegen die Konser-vativen, wie einst Bismarck, zu handeln, so überlasse er die Aufgabe besser einem neuen Ministerpräsidenten...

Ein „Reichsrecht“.

Der Zeitungsbericht über den Reichstag enthält einige Auslegungen des verordneten preussischen Ministerpräsidenten im preussischen Kultusministerium, Althoff. Unter den Auslegungen befindet sich eine, die ganz gut wäre, wenn nicht preussische Staatsanwälte eine ganz andere Auffassung hätten. Althoff sagt:

„In der Reichs-Verordnung ist die Presse oft viel zu milde und nachsichtig. Wie oft wartet unermüdet nicht vergeblich auf ihr Eingreifen, wenn die Situation geradezu danach schreit und aus den Redaktionen selbst heraus die Initiative zur Abstellung eines Unfugs oder der unfürnigen Praxis eines Kollegen aus allerlei Gründen nicht zu erwarten ist. In dem „suaviter in modo“ (Milde in der Form) können sie auch und gegenüber festhalten.“

Kaiserliche Fleischschau.

Zur Fleischsteuerung wird der Magdeburger Zeitung in einem Artikel über die Pläne des neuen Landwirtschaftsministers u. a. folgendes geschrieben: Gespannt darf man darauf sein, welche Maßnahmen Herr v. Schorlemer ergreifen oder beabsichtigen wird gegen die Fleischsteuerung, die allmählich selbst den Geldbeutel wohlhabender Familien angreift und sogar in der kaiserlichen Hofhaltung verfehlt wird, wie aus den geheimen Verhandlungen über die Erhöhung der Fleischsteuer zu entnehmen ist. Mit der Einrichtung großer Fleischmärkte, wie sie von den landwirtschaftlichen Rührpfeilern in den westlichen Provinzen geplant werden, dürfte ein durchgreifender Erfolg nicht erreicht werden. Denn bei sehr langem einem großen Fleischmarkt, und doch sind die Preise auch hier außerordentlich hoch und durchweg noch im Steigen begriffen.

Da die Teilnehmer am kaiserlichen Mittagstisch, nach jener Meldung, die Folgen des Fleischwunders tagtäglich vor Augen haben, wird man wohl erwarten dürfen, daß man in der nächsten Zeit „ein hartes Wort“ gegen die Fleischsteuerpolitik hört. Oder ist der Koffan bei der Lohnerhöhung weniger empfindlich geworden?

Reichsfinanzreform und Handwerk.

Im Jahresbericht der Handelskammer für Oberfranken heißt es unter „Die wirtschaftliche Lage des Handwerks in Oberfranken“ u. a.:

„Besonders die Reichsfinanzreform brachte eine gewisse Deutlichkeit und Unsicherheit in das Geschäftsleben. Allenfalls hört man die Handwerkermeister Klagen über die fortwährend steigende Belastung der gewerblichen Betriebe und die Einführung neuer Abgaben. Letzteres müsse, zumal der politische Zustand bei Ausfindigmachung neuer Steuern den Mittelstand immer am ärgsten, einzelne Berufsstände aber nur wenig treffe, im Laufe der Zeit unter üblicher Preisgabe des Vertrauens zur Regierung zur allgemeinen Unzufriedenheit der Handwerker und zur erheblichen Einschränkung mancher Handwerkerbetriebe führen. Nicht minder aber seien die Handwerker mit Besorgnis der bayrischen Steuerreform entgegen, denn auch hier würde den meisten, besonders den mittleren und größeren Betrieben, im Gegenlag zu der Landwirtschaft eine zum Teil erhebliche steuerliche Belastung.“

Hieraus ergibt sich für die Handwerker die Notwendigkeit, bei den Wahlen dafür zu sorgen, daß Vertreter gewählt werden, die solche Forderungen wie die Reichsfinanzreform energisch bekämpfen. Bis jetzt hat nur die Sozialdemokratie eine konsequente Steuerpolitik getrieben, die darauf hinausgeht, die ärmeren Kreise der Bevölkerung zu entlasten und die tragfähigeren Schichten zu höheren Leistungen heranzuziehen.

Schulmannsaussagen.

Wiederholt war es in letzter Zeit dargekommen, daß bei gerichtlichen Verhandlungen am Landgericht in Mainz die Jünglingsaussagen händlicher Schulleute als nicht vollwertig, mindestens aber als sehr kontrollbedürftig bezeichnet wurden.

Die händliche Verwaltung betrachtet dieses Vorgehen als ein kränkelndes Mißtrauensvotum gegen Beamte, die doch von der Bürgermeisterei nach vorheriger Prüfung ihres Leumundes usw. angestellt werden und der die Stadtverwaltung in nicht wenigen Fragen Vertrauen entgegenbringen muß. Jedem glaube man jedoch, daß durch diese gerichtliche Qualifikation ihrer Zeugenaussagen die Schulleute bei dem großen Publikum an Autorität und Vertrauen verlieren müßten. Da das Gericht von diesem Schaden keinerlei Notiz nahm, legte die Bürgermeisterei bei dem hiesigen Justizministerium entsprechende Beschwerde ein. Nun ist die Antwort des Justizministeriums auf der Stadtverwaltung eingelaufen. Diese Antwort lautet: Das Justizministerium lehnt es entschieden ab, durch ein Eingreifen die Beweiskraft und Beweiswürdigung der Zeugnisse in irgend einer Weise zu beeinflussen. — Jene „nicht vollwertigen“ und „sehr kontrollbedürftigen“ Schulmannsaussagen waren doch auch durch förmliche Schulmannsaussagen auf dem üblichen Reichstag eine Ausnahme zu sein: Anderswo ist es üblich, Schulmannsaussagen mit geradezu unbegrenztem Vertrauen aufzunehmen...

Reif für den Schulhaufen.

Im dem kleinen Städtchen Stöps in Hinterpfalzern wurde im Jahre 1875 von den Bürgern zu Ehren der in den Jahren 1864, 1866 und 1870/71 gefallenen Kämpfer aus Stadt und Kreis Stöps auf dem Stephansplatz ein Reiterdenkmal errichtet, das nun auf Beschluß der Stöpsener Ortsgemeinde abgebrochen soll. Und der Grund für die Verfertigung? Das Reiterdenkmal soll einem Reiterdenkmal ausbleiben. Während das in der Mitte des Stephansplatzes stehende Denkmal der Kriegsgefallenen niebergeleitet wird, hat man an anderer Stelle vor dem Rathaus mit den Vorarbeiten für die Errichtung eines Reiterdenkmals Kaiser Wilhelm I. begonnen, das aus Anlaß der Schulmannsaussagen der Stadt am 5. September d. J. enthüllt werden soll.

Eine neue Beamtenorganisation. In Berlin ist am Sonntag ein Bund deutscher Angestellte gegründet worden, der sich zur Aufgabe stellt, für bessere Berücksichtigung der Interessen der Angestellten Sorge zu tragen. Vor allem sind die weiblichen Arbeitkräfte aus den staatlichen und kommunalen Beamten erstrebt und durch Militärdienstleistungen ersetzt werden.

General v. Spitz, der Kommandeur der Artillerie, ist am Sonntag in Berlin gestorben. Er hat sich bei den letzten Reichstagswahlen durch seine Kräfte an die Kriegserbittere fast politisch beteiligt und damit der Reaktion wesentliche Handlungsmomente geliefert. Die bürgerliche Presse rühmt ihm als Verdienst nach, daß er den Deutschen Reiterorden zu seiner heutigen Stellung emporgehoben habe. Der Verdienst war also einer der wichtigsten Segner der Sozialdemokratie bekannt.

Die Wasserversorgung. In der letzten Versammlung des liberalen Vereins in Siegburg wurde ein Wasseramt folgendes Programm gefaßt: „Unserem berechtigten Forderung denken wir für den mannhaften Beschluß, angesichts der traurigen politischen Lage in unseren Vaterlande auf seinem Posten zu bleiben. Wir stehen zu Ihnen in deutscher Treue und mit der tiefsten Aufmerksamkeit, daß Sie das Banner des Liberalismus gegen die Reaktion zum Siege tragen werden.“

In der traurigen politischen Lage in unserem Vaterlande“ sind die Nationalliberalen selbst in schlimmster Weise mitschuldig. Die letzte Ausgabe der Welt am Montag ist auf Grund der Steuererhöhung vom Montag, Freitag und Samstag in Berlin im Straßenhandel verboten worden. Bei den Straßenshoppieren wurden, ohne daß dem Warte dabei eine Mitteilung gemacht worden wäre, die Exemplare der Welt am Montag beschlagnahmt. Den Anlaß für das Verbot soll ein in der Beilage enthaltenes Bericht Wadentary gegeben haben.

Die bayerische Steuerreform. Die Kammer der bayerischen Abgeordneten hat am Montag mit 47 gegen 20 Stimmen den einzigen Differenzpunkt der nach zwischen den beiden Häusern des Landtags wegen der Finanzreform bestand, beseitigt, indem sie dem Einkommensteuergesetz mit einem fünfprozentigen Maximum zugestimmt hat. Die neuen Steueretze sind damit endgültig angenommen; sie werden am 1. Januar 1912 in Kraft treten. Inzwischen wird ein 22prozente Steuerzuschlag auf die laufenden Steuern erhoben.

Die Unruhen in Kamerun.

Nach den in Berlin eingegangenen Berichten des Gouvernements von Kamerun beschränkt sich, wie amtlich mitgeteilt wird, die mit der Ermordung des Kaufmanns Breitfchneider im Zusammenhang stehende Bewegung der Malla im Südosten der Kolonie auf das von dem nördlichen Zweig dieses Stammes bewohnte Gebiet, das im Süden vom Njong, im Westen von der Straße Kiof

Angemessene...
Dumst...
Domit...
Ein...
dem der...
der Unter...
den Ober...
eines Teil...
Schüder...
die militä...
geführt...
Breitfch...
beteiligte...
gehentl...

Kleine...
in d...
die Ber...
ange...
angenom...
—
Partei...
einmal...
einmal...
den Unter...
den Ober...
eines Teil...
Schüder...
die militä...
geführt...
Breitfch...
beteiligte...
gehentl...

Die...
die Ber...
ange...
angenom...
—
Partei...
einmal...
einmal...
den Unter...
den Ober...
eines Teil...
Schüder...
die militä...
geführt...
Breitfch...
beteiligte...
gehentl...

Die...
die Ber...
ange...
angenom...
—
Partei...
einmal...
einmal...
den Unter...
den Ober...
eines Teil...
Schüder...
die militä...
geführt...
Breitfch...
beteiligte...
gehentl...

Die...
die Ber...
ange...
angenom...
—
Partei...
einmal...
einmal...
den Unter...
den Ober...
eines Teil...
Schüder...
die militä...
geführt...
Breitfch...
beteiligte...
gehentl...

Die...
die Ber...
ange...
angenom...
—
Partei...
einmal...
einmal...
den Unter...
den Ober...
eines Teil...
Schüder...
die militä...
geführt...
Breitfch...
beteiligte...
gehentl...

Die...
die Ber...
ange...
angenom...
—
Partei...
einmal...
einmal...
den Unter...
den Ober...
eines Teil...
Schüder...
die militä...
geführt...
Breitfch...
beteiligte...
gehentl...

Die...
die Ber...
ange...
angenom...
—
Partei...
einmal...
einmal...
den Unter...
den Ober...
eines Teil...
Schüder...
die militä...
geführt...
Breitfch...
beteiligte...
gehentl...

Die...
die Ber...
ange...
angenom...
—
Partei...
einmal...
einmal...
den Unter...
den Ober...
eines Teil...
Schüder...
die militä...
geführt...
Breitfch...
beteiligte...
gehentl...

Die...
die Ber...
ange...
angenom...
—
Partei...
einmal...
einmal...
den Unter...
den Ober...
eines Teil...
Schüder...
die militä...
geführt...
Breitfch...
beteiligte...
gehentl...

Die...
die Ber...
ange...
angenom...
—
Partei...
einmal...
einmal...
den Unter...
den Ober...
eines Teil...
Schüder...
die militä...
geführt...
Breitfch...
beteiligte...
gehentl...